

Bericht über die Entwicklung in POLEN

April 1964

I. <u>Politische Ereignisse</u>	Seite: 1
1) Protest der Intellektuellen und seine Folgen	1
2) Polnischer Besuch in Moskau	8
3) "Und nun der Herr Brandt"	12
4) 20. Jahrestag des polnisch-sowjetischen Beistandspaktes	13
5) CHRUSCHTSCHOWs Geburtstag	14
6) Keine Verjährung der Naziverbrechen in Polen	15
7) Schwedischer Besuch in Polen	15
II. <u>Wirtschaft</u>	17
Handelsflotte	17

- - - - -

## I. POLITISCHE EREIGNISSE

### 1) Protest der Intellektuellen und seine Folgen

Genau 10 Tage vor dem letzten Osterfest bekam der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ ein kurzes Schreiben, das nur aus einigen Sätzen bestand und doch sehr inhaltsschwer war. Der Überbringer des Briefes war der seit 40 Jahren bekannte und angesehene Feuilletonist und Dichter Antoni SLONIMSKI, seit dem Oktober 1956 Vorsitzender des Schriftstellerverbandes. Unterzeichnet war der Brief von 34 Intellektuellen, die zur geistigen Elite des Landes zählen. Sie protestierten gegen die sich in den letzten Jahren verschärfende Zensur des Staates, sie wiesen darauf hin, daß die Einschränkung der Papierzuteilung für die Verlage einen schwer wiedergutzumachenden kulturellen Schaden in Polen anrichten, und verlangten im Namen der öffentlichen Meinung das Recht auf Kritik und wahrheitsgemäße Information.

Nach Übergabe dieses Briefes, der wie eine Bombe einschlagen mußte, geschah zunächst nichts, wenn man davon absieht, daß ein eifriger Unterschriftensammler (der aber selbst nicht zu den Unterzeichnern zählte) für kurze Zeit festgenommen, verhört und dann wieder freigelassen wurde. Inzwischen sickerte die Nachricht über den Protest der polnischen Intellektuellen ins Ausland, wo das Ereignis lebhaft kommentiert wurde.

Da die Regierung und die Partei sich zuerst nicht rührten, herrschte in den Kreisen der polnischen Intellektuellen gedämpfter Optimismus. Man hoffte auf positive Ergebnisse und sagte sich, daß die Regierung es nicht wagen würde, gegen Menschen vorzugehen, die der Stolz der polnischen Kultur und Wissenschaft seien und internationales Ansehen genossen. Über die Forderungen des Schreibens werde sich die Staatsführung nicht lange hinwegsetzen können. Man vermutete vielmehr, die Führung werde lediglich nicht gleich nachgeben, um später eine Kursänderung als eigene Initiative ausgeben zu können.

Die ersten Repressalien riefen deshalb Überraschung und Bestürzung hervor. Sie richteten sich gegen alle Unterzeichner, die man mit einem allgemeinen Publikationsverbot belegte. Auslandsreisen wurden ihnen ebenfalls vorläufig verboten.

In eingeweihten politischen Kreisen der polnischen Hauptstadt kolportierte man eine Nachricht, daß die heftige Reaktion auf eine persönliche Anordnung des Parteichefs GOMULKAS zurückzuführen sei, der wegen seines Jähzornes bekannt und in seiner Umgebung gefürchtet ist. Das Echo im Ausland auf diese Repressalien war noch lebhafter als das auf den Brief selbst. In den Kreisen der polnischen Bevölkerung verbreitete sich spürbare Unruhe, es kam auch zu vereinzelt Demonstrationen der studentischen Jugend. Diesen Folgen ist es zuzuschreiben, daß Partei- und Regierungsspitze zur Besinnung kamen.

Im Juli d.J. will man in Polen den 20. Jahrestag der kommunistischen Machtübernahme feiern. Die Festlichkeiten werden seit langem vorbereitet, eine bedeutende Rolle war dabei ausgerechnet jenen Vertretern von Literatur, Kunst und Wissenschaft zugedacht, die jetzt plötzlich als Geächtete galten. In der Führung gewann die Erkenntnis an Boden, daß der gegen die geistige Elite des Landes gerichtete Bannstrahl nicht so sehr den Betroffenen, als vielmehr dem Ansehen Polens schaden wird. Man einigte sich nun auf eine andere Taktik.

Nach der neuen Lesart handelte die Mehrzahl der Unterzeichner "in gutem Glauben". Dieser gute Glaube und noch mehr der Mangel an Erfahrung (man sprach von Naivität) sei von "skrupellosen Hintermännern" mißbraucht worden, die nicht etwa um die polnische Kultur besorgt seien, sondern Regierung und Partei in der Öffentlichkeit und im Ausland kompromittieren wollten. Die Partei müsse deshalb die um das Wohl des polnischen geistigen Lebens Besorgten verschonen, sich aber um so entschlossener gegen die "Dunkelmänner"

richten, die sich hinter jenen versteckt hielten. Auch einigen der U<sub>n</sub>terzeichner wurden ehrliche Motive nicht zugebilligt, sie sollen angeblich im Bunde mit den "Dunkelmännern" stehen.

Obwohl die Partei die Angelegenheit hinter den Kulissen regeln wollte, war die Öffentlichkeit in Polen sehr bald durch westliche Rundfunkstationen und gesteuerte Indiskretionen in Warschau genauestens informiert. Die Führung mußte also ihre Haltung öffentlich verteidigen. Am 12. April erschien in der von Neostalinisten gegründeten "Kultura" ein Feuilleton, das eine Rechtfertigung der Zensur in Polen sein sollte:

"Über die Zensur spricht man oft so, als ob sie nur in Polen existieren würde. Wir lesen aber in unserer Presse Artikel des amerikanischen Wissenschaftlers Thomas Buchanan über die Ereignisse in Dallas, die im Pariser 'Express' gedruckt wurden, weil sie in den Vereinigten Staaten nicht erscheinen konnten... U<sub>n</sub>ter jenen, die Besorgnis um die Meinungsfreiheit in Polen heucheln, finden wir auch einige katholische Redakteure und Publizisten. Katholische Schriftsteller und Meinungsfreiheit! Mein Gott, bald werden 400 Jahre vergangen sein, seit Pius IV den Index der verbotenen Bücher einführte. Muß man die katholischen Schriftsteller an die Namen und Werke, an die bedeutendsten Namen und die herrlichsten Werke, die die Menschheit hervorbrachte, erinnern, die dort eingetragen wurden?"

Diese Verharmlosungsversuche des "Kultura"-Feuilletonisten wirkten so wenig überzeugend, daß selbst neostalinistische Kreise das einsahen. Schon eine Woche später erschien daher in der gleichen Zeitschrift der Artikel eines bekannten Parteischriftstellers, Bohdan Czeszko, der sich bisher aus dem Streit zwischen den "Liberalen" und Antiliberalen in der Partei herauszuhalten wußte. CZESZKO betitelte seinen "Kultura"-Beitrag: "Über die ehrliche Sorge" und machte sich auch viel Mühe, in den Augen seiner Leser als ehrlich zu erscheinen. Das las sich u.a. so:

"Zu den banalen Wahrheiten gehört die Tatsache, daß die Sphäre der intellektuellen Freiheiten in Polen auf dem Gebiete der politisch-ideologischen Diskussion schmaler ist als in den Ländern des aufgeklärten Kapitalismus...

Wenn eine Gruppe von seriösen und geschätzten Mitbürgern... sich an die politische Exekutive mit sehr allgemein gehaltenen und nicht sonderlich glücklich formulierten Forderungen wendet, die sich auf für sie wichtige Angelegenheiten beziehen, so darf ich mit Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit diesen Versuch der "Verbesserung des Staates", der einer ehrlichen Besorgnis der Bürger entspringt, nicht geringschätzen...

Wenn aber eine Gruppe von Schlauköpfen oder einige Weltfremde, ohne erst auf das Ergebnis zu warten, das Dokument den Feinden meines immer noch unvollkommenen Systems zu propagandistischen Zwecken zugänglich macht, dann scheiden sich unsere Wege und ich fange an... Verdacht zu schöpfen, daß die ganze Aktion speziell zu diesem Zwecke konstruiert wurde, um die hungrigen Schnäbel jener Propagandisten zu stopfen."

Die "dunklen Gestalten" jener Hintermänner, die die ehrliche Sage der "Gutgläubigen" zu eigenen Zwecken ausnützen, werden nicht namhaft gemacht. CZESZKO und andere, die nach ihm das Wort ergriffen, lassen den Leser aber nicht im Zweifel, wo diese "Einpeitscher" zu suchen seien. Sie werden verächtlich gemacht, weil sie sich als "Liberale" bezeichneten, sich aber in der vergangenen Periode des Personenkultes als besonders eifrige Anhänger dieses Kultes betätigt hätten. In der "Kultura" konnte man eine Woche nach der Veröffentlichung des Artikels von CZESZKO folgendes lesen:

"Obwohl man einst von einem Schauer erschüttert wurde, wenn man vor dem Schlafengehen an ein Gespräch mit ihm unter vier Augen dachte, heute findet man keinen reizenderen Menschen als ihn. Er ist auf der Seite der Freiheit, weil seine anderen Pläne nicht in Erfüllung gingen."

So wird jemand beschrieben, der angeblich eine entscheidende Rolle hinter den Kulissen des Intellektuellenprotestes gespielt haben soll.

Es wird vermutet, der ehemalige I. Sekretär der Parteiorganisation in Warschau während des Oktoberumschwunges, Stefan STASZEWSKI, sei gemeint. Aber eine solche Beschreibung kann nicht nur auf ihn, sondern auf viele andere spätere Verfechter der Freiheit angewandt werden, wie z.B. auf die auch im Ausland bekannte Edda WERFEL. Diese Menschen traten in vielen Fällen unter Stalin als Fanatiker auf, um sich nach dem XX. Parteitag der KPdSU voller Enttäuschung von den "falschen Göttern" abzuwenden und sich auf die Seite der Freiheit zu schlagen. Einige taten es gewiß nur darum, weil sie eine neue Konjunktur witterten, bei den meisten handelte es sich aber um einen echten Gesinnungswandel, der aus einer tiefen Erschütterung resultierte. Nun hält man diesen Menschen ihre alten Fehler vor, um die Sache zu kompromittieren, die sie jetzt vertreten.

Bohdan CZESZKO räumt in seinem Artikel ein, daß es nicht nur Besorgnis um die Entwicklung auf dem kulturellen Gebiete bei den Unterzeichnern des Briefes an CYRANKIEWICZ gab, sondern daß in mancher Hinsicht Grund zu anderen Befürchtungen vorhanden sei. Er schreibt von einem "ärgerlichen Anachronismus", der sich darin äußert, daß gewisse "Gewohnheiten aus der Zeit des Dogmas über die Bedrohung von aussen" sich noch erhalten haben. "Die Aufhebung des Belagerungszustandes verursacht eine Menge Unbequemlichkeiten, vor allem die Notwendigkeit zu denken." CZESZKO betont aber gleichzeitig, daß "eine Situation nicht tragbar ist, in der man die Partei für alle Fehler verantwortlich macht." CZESZKO behandelt das delikate Thema also sehr geschickt. Das System ist nicht vollkommen, es gibt noch bequeme Menschen, die dazu neigen, die Probleme auf administrativem Wege zu lösen. Auch wenn sie im Namen der Partei handeln, darf man die Partei nicht dafür verantwortlich machen, weil sie diese Tendenzen bekämpft. Freilich verschweigt CZESZKO eine sehr wichtige Sache: Seit einigen Jahren beobachtet man in Polen eine regressive Entwicklung auf dem Gebiete der

kulturellen Freiheit. Diese Entwicklung ist keineswegs auf die "Bequemlichkeit" einiger Funktionäre zurückzuführen, sondern sie entspringt einer sich immer mehr verschärfenden Kulturpolitik der Partei selbst. Die Formen der Einschränkung dieser Freiheit sind in der letzten Zeit so drastisch geworden, daß die führenden Köpfe der polnischen Literatur, Kunst und Wissenschaft keine Bedenken hatten, das ihnen von den angeblichen "Schlauköpfen" vorgelegte Schreiben zu unterzeichnen. Die ganze "Schlauheit" dieser Leute würde wohl kaum ausgereicht haben, eine einzige Unterschrift zu erhalten, wäre die Überzeugung nicht im ganzen Lande verbreitet, daß infolge der jetzigen Parteipolitik die polnische Kultur einen großen vielleicht irreparablen Schaden erleidet.

Einen speziellen Platz in der Polemik um den Brief der Intellektuellen nimmt das Problem der nicht ausreichenden Papierzuteilungen für die Redaktionen und Verlage ein. Die Verteidiger des Parteistandpunktes, und nur diese durften sich an der Polemik in der Presse beteiligen, bedienen sich dauernd des Argumentes, daß die Werke vieler Protestunterzeichner während der letzten 20 Jahre beachtlich große Auflagen hatten, sehr viel größer als die Auflagen der erfolgreichsten Autoren vor dem Kriege. Niemand hat das Gegenteil behauptet. Tatsache aber bleibt, daß die hohen Auflagen meistens der Vergangenheit angehören, daß sie seit zwei oder drei Jahren wegen Einschränkungen der Papierzuteilung sehr viel kleiner geworden sind, daß die wirklich wertvollen Bücher in kürzester Zeit aus dem Handel verschwinden, und daß endlich sehr viele wertvolle Bücher überhaupt nicht erscheinen konnten, weil kein Papier vorhanden war. Polen verdient ein paar Millionen Dollar am Export von Papier, der Preis für diese gewiß wichtigen Deviseneinnahmen scheint aber aber zu hoch zu sein. Die Partei benutzt die Knappheit des Papiers zur besseren Kontrolle der Schriftsteller, manche unbequeme Autoren sind zum Schweigen gebracht worden, ohne daß die Zensur offiziell eingeschaltet wurde. Das Papier war einfach nicht vorhanden...

Die Partei und die Regierung sind sich darüber im klaren, welche Ver-  
bitterung unter den Intellektuellen des Landes herrscht. Unter den führenden  
Parteifunktionären gibt es viele (an ihrer Spitze GOMULKA), die die Ver-  
treter der Intelligenzschicht nicht sonderlich schätzen. Aber auch diese  
Leute sehen ein, daß die Partei auf die Dauer die Auseinandersetzung mit  
der Intelligenz nicht verträgt, weil ihr das nur Schaden bringen würde.  
Eine andere Zeitschrift, "Polityka", gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es  
niemand im In- und Ausland gelingen werde, einen Keil zwischen Partei und  
"schöpferische Intelligenz" zu treiben. Die Repressalien gegen alle  
Unterzeichner des Briefes an den Regierungschef waren nur vorübergehend und  
werden bald abgeblasen. Das schliesst nicht aus, daß sich die Machthaber  
einige von ihnen aussuchen, um sie zu bestrafen. Manches deutet darauf hin,  
Mit den meisten will man aber Frieden schliessen. Die Parteizeitschrift  
"Polityka" schreibt am 25. April:

"Die Diskussionen zwischen den Vertretern einer Gruppe von Schrift-  
stellern und der politischen Führung sind, wenn sie gut gemeint und  
von aufrichtiger Sorge um die Entwicklung der nationalen Kultur er-  
füllt sind, ein Beweis, daß man eine gewisse Stufe der Freiheit und  
Demokratie erreicht hat. Nur ein schlechter Marxist könnte glauben,  
daß der jetzt erreichte Stand der freiheitlichen und demokratischen  
Entwicklung den höchstmöglichen Stand darstellt. Ein Narr aber ist,  
wer glaubt, daß die vollständige Freiheit und Demokratie mit einem  
Federzug des Parteiführers dekretiert werden kann. Sie hängt von  
der Verteilung der politischen Kräfte in der Gesellschaft, von der  
wirtschaftlichen Entwicklung, von dem Reifegrad der Menschen, von  
der allgemeinen Kultur des politischen Denkens, vom Funktionieren  
der Machtorgane ab. Das sind die manchmal schmerzlichen Lehren unserer  
nationalen Geschichte."

Mit diesen Worten versucht sich die Partei auf doppelte Weise zu recht-  
fertigen: Einmal gegen die Vorwürfe, daß sie sich auf ein Gespräch mit den  
Intellektuellen überhaupt nicht einlassen wolle. Zum anderen gegen die Er-  
wartungen dieser Intellektuellen, die Kulturpolitik der Partei könnte in der

Folge eines solchen Dialoges wesentlich geändert werden. Wenn derartige Forderungen gestellt werden sollten, wird die Partei antworten können, daß die Zeit noch nicht reif ist...

## 2) Polnischer Besuch in Moskau

In der Mittagsstunde des 13. April versammelte sich auf dem Moskauer Flugplatz Wnukowo die gesamte sowjetische Prominez: CHRUSCHTSCHOW, BRESCHNJEW, MIKOJAN, PODGORNÝ, SUSLOW, KIRYLENKO, KOSSYGIN und einige andere. Sie warteten auf eine Maschine aus Warschau, die die polnische Partei- und Regierungsdelegation bringen sollte. An Bord befanden sich Parteichef GOMULKA, Premier CYRANKIEWICZ, das einflußreiche Politbüromitglied KLISZKO, Planungschef JEDRYCHOWSKI und Außenminister RAPACKI. Offiziell galt die polnische Visite als Freundschaftsbesuch aus Anlaß des 20. Jahrestages des polnisch-sowjetischen Beistandspaktes. Inoffiziell und hauptsächlich sollte über ein anderes Thema verhandelt werden: Die polnische Haltung im sowjetisch-chinesischen Konflikt..

Es war schon das zweite Treffen zwischen CHRUSCHTSCHOW und GOMULKA in diesem Jahr. Das erste erfolgte unmittelbar nach dem Neujahr in dem masurischen Waldgebieten und galt dem gleichen Thema. Damals kam es zu keiner vollständigen Angleichung der Standpunkte, diesmal wollten die Sowjets ihren polnischen Partner festlegen. Die außergewöhnlichen Ehren, die bisher noch nie einem polnischen Besuch zuteilgeworden sind, waren Teil des Planes, ein entsprechendes Klima zu schaffen.

Der im allgemeinen gegenüber CHRUSCHTSCHOW sehr konziliante GOMULKA zeigte sich in den letzten Monaten nicht gewillt, bei der Behandlung der China-Frage vollständig in die Fußstapfen der Sowjets zu treten.

Obwohl der Bruch zwischen Moskau und Peking längst eine Tatsache ist, weigerte sich GOMULKA, bei der endgültigen Besiegelung dieser Tatsache mitzuwirken. Er versagte seine Zustimmung zu einem kommunistischen Gipfeltreffen, dessen Ziel es wäre, den Bannfluch gegen China offiziell auszusprechen.

Wenige Tage, bevor die polnische Maschine auf dem Moskauer Flugplatz landete, erschien in dem polnischen Parteiorgan "Trybuna Ludu" eine offizielle Stellungnahme zu dem SUSLOW-Referat vor dem ZK der KPdSU. In dem polnischen Blatt hieß es:

"Unsere Partei hat schon mehrmals ihrer kritischen Einstellung gegenüber der Linie der KP Chinas und ihrer vollständigen Solidarität mit der ideologischen Haltung der KPdSU und der Außenpolitik der UdSSR Ausdruck gegeben. Dieser Solidarität wollen wir im jetzigen wichtigen Augenblick nochmals betont kraftvoll Ausdruck geben."

Diese Stellungnahme der polnischen Parteileitung war zwar klar, aber äußerst dürftig. Aus dem, was nicht gesagt wird, geht hervor, daß GOMULKA, was die taktische Behandlung der China-Frage betrifft, freie Hand behalten will.

Nach Ansicht GOMULKAS ist der Standpunkt der chinesischen Partei in allen Punkten, die sie gegen die Moskauer Linie ins Feld führt, von Grund auf falsch. Die Chinesen sollen aber wie irrende Brüder und nicht wie Ketzer behandelt werden, die man aus der rechtgläubigen kommunistischen Gesellschaft ausschliessen muß.

Unter den Chefs der europäischen Satellitenstaaten ist GOMULKA der wichtigste Partner der Sowjets. Das erklärt die Mühe, die sich CHRUSCHTSCHOW machte, um Polen für seinen Standpunkt zu gewinnen.

Den Höhepunkt des polnischen Besuches bildete eine große Kundgebung im Moskauer Kongresspalast. GOMULKA, der neben CHRUSCHTSCHOW eine der Haupt-

reden hielt, ging mit den chinesischen Genossen scharf zu Gericht. Er betonte seine vollständige Übereinstimmung mit den Sowjets in allen Fragen der Außenpolitik und konzentrierte seine Attacke gegen die Chinesen auf deren falsche Haltung in der Frage des Friedens und des Krieges.

"Die große attraktive Kraft des Sozialismus ist die Tatsache, daß er in unserer Zeit vor der Menschheit die Perspektive eines Lebens ohne Atomkrieg öffnet. Diese neue, äußerst wichtige These, die eine Bereicherung der Lehre des Marxismus-Leninismus ist, wurde von der KPdSU in Anlehnung an die Leninistische Methode der Analyse historischer Entwicklungsprozesse der Menschheit ausgearbeitet und vom XX. Parteitag der KPdSU angenommen. Mit einstimmigen Einverständnis aller kommunistischen und Arbeiterparteien - die KP Chinas eingeschlossen - wurde die These in den Erklärungen der Moskauer Treffen in den Jahren 1957 und 1960 akzeptiert...

Die chinesischen Genossen unterziehen jetzt diese und andere Thesen, die aus ihr resultieren, der schärfsten Kritik. Die Sowjetführer und insbesondere den Genossen Chruschtschow bezeichnen sie als 'den größten Revisionisten' in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Ich glaube, daß sie sich irren, denn ein zumindest ebenso großer 'Revisionist' war Lenin, der die ganze marxistische Theorie außergewöhnlich stark bereicherte. In Übereinstimmung mit den Ansichten und der Lehre von Marx betrachtete Lenin die Theorie des Marxismus nicht schematisch, er betrachtete sie nicht als eine abgeschlossene Sache, die für alle Zeiten und Situationen absolute Gültigkeit besitzt...

Die These über die Vermeidbarkeit der Kriege ist keine Revision des Marxismus-Leninismus, sondern seine Bereicherung durch die KPdSU, durch ihr ZK mit dem Genossen Chruschtschow an der Spitze."

In der für Chruschtschow wichtigen Frage des kommunistischen Gipfeltreffens äusserte sich GOMULKA folgendermassen:

"Die Aktionseinheit der sozialistischen Länder und der internationalen kommunistischen Bewegung halten wir für eine äußerst wichtige Angelegenheit.

Wenn ein entsprechend vorbereitetes neues Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien uns diesem Ziel mindestens näher bringt und zu der Entschärfung der ideologischen und politischen Differenzen beiträgt, die uns von der KP Chinas trennen, wird unsere Partei ein solches Treffen für wünschenswert halten."

Diese sehr verklausulierte Einwilligung GOMULKAs zu einem kommunistischen Konzil ist fast einer Absage gleichzusetzen, weil für jeden klar ist, daß ein solches Treffen die Spaltung nicht mildern, sondern nur vertiefen würde. Sie nützt CHRUSCHTSCHOW wenig und entsprach kaum den Erwartungen, die er mit dem GOMULKA-Besuch verbunden hat. Der Pole blieb beharrlich bei seinem Standpunkt, und damit war der wichtigste Punkt des Treffens für CHRUSCHTSCHOW unerledigt.

Es gehört sozusagen zu den Traditionen der polnisch-sowjetischen Treffen, daß das deutsche Problem bei ihnen ein wichtiges Gesprächsthema bildet. Es wurde diesmal nur am Rande behandelt, bildete jedoch den wichtigsten Punkt der Ansprache des polnischen Ministerpräsidenten bei dem Empfang in der polnischen Botschaft. Bezeichnenderweise enthielt sich CYRANKIEWICZ jeglicher Stellungnahme zur China-Frage, die in Warschau nicht als Sache der Regierungen sondern der Parteien betrachtet wird.

CYRANKIEWICZ benutzte die Gelegenheit, um gegen einige Äußerungen des Bundeskanzlers ERHARD, die er auf einem Vertriebenentreffen gemacht hatte, zu polemisieren:

"Der Herr Kanzler will sich mit den Tatsachen nicht abfinden, die nach 1945 als Folge eines blutigen, von Hitler provozierten Krieges entstanden sind, als Folge eines Sieges der Völker, die unter schwersten Opfern um ihre Freiheit kämpften. Er will sich nicht mit der endgültigen und unabänderlichen Tatsache abfinden, welche die jetzige polnische Westgrenze ist."

"Kanzler Erhard versteht wohl, wohin das alles führen kann, obwohl er das Wort Krieg selbstverständlich nicht in den Mund nimmt. Den Anhängern einer solchen Politik will er zunächst die Möglichkeit geben, über eigene Kernwaffen zu verfügen!"

Auch GOMULKA befasste sich in seiner Kundgebungsrede mit dem gleichen Thema:

"Aus westlichen Regierungskreisen, auch von verantwortlichen amerikanischen Politikern hört man immer öfter und lauter als früher Stimmen der Vernunft, die eine Revision der hoffnungslosen Politik des kalten Krieges, ein Aufgeben der Hirngespinnste über einen anti-kommunistischen Kreuzzug verlangen. Auf den alten Positionen verblieben jedoch die aggressivsten Kräfte des Imperialismus, wofür ein krasses Beispiel die Haltung der Bonner Regierung ist, die zwar ihren Chef wechselte, jedoch ihre Politik nicht änderte."

"Diese 'alte Politik in neuen Zeiten' beginnt auch Kanzler Erhard zu führen. Er bewies es am 22. März d.J. während eines Treffens der westdeutschen revisionistischen Organisationen. Die Ausserung des Kanzlers Erhard hat - man muß es zugeben - auch eine positive Seite. Sie zeigt den Verbündeten der Bundesrepublik deutlicher denn je, warum die Bonner Regierung so sehr auf die Bildung der multilateralen Atomstreitkräfte drängt, warum die Bundesgeneräle so beharrlich auf diesen Waffen bestehen."

"In Anbetracht solcher Ausserungen Erhards gewinnt der polnische Vorschlag über die Einfrierung der Atomrüstungen in Mitteleuropa an Aktualität:"

### 3) "Und nun der Herr Brandt"

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schreibt am 7. April:

"Es war leicht vorauszusehen, daß der revisionistische Auftritt des Kanzlers Erhard eine ganze Serie von antipolnischen Ausserungen seitens der anderen westdeutschen Politiker auslösen würde. Das bezieht sich insbesondere auf die sozialdemokratischen Politiker, die seit langem schon mit der CDU um die Gunst der Vertriebenen und Revisionisten wetzen."

In diesem Wettbewerb errangen die Sozialdemokraten kürzlich einen wichtigen Punkt. Zum ersten Male übernahm ihr Vertreter, Genzel JAKSCH, den Posten des Vorsitzenden der Vertriebenenverbände. Die sozialdemokratischen Führer wollen die gewonnenen Positionen nicht preisgeben. Deswegen kam eine Woche nach dem revisionistischen Auftritt des Bundeskanzlers ein ähnlicher Auftritt des SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt...

Um Eindruck auf das Publikum zu machen, bemühte sich Brandt um Akzente, die in der Rede Erhards fehlten. Er forderte die Bundesregierung auf, dem Präsidenten de Gaulle mit allem Nachdruck klarzumachen, daß seine Haltung in der Oder-Neiße-Fragenicht dem Standpunkt der deutschen (d.h. der westdeutschen) Politik entspricht...

Kanzler Erhard hätte damit rechnen müssen, daß seine revisionistischen Äusserungen einen wahren Wettlauf der antipolnischen Deklarationen in Westdeutschland einleiten werden. Diese Tatsache belastet ihn mit einer zusätzlichen Verantwortung."

#### 4) 20. Jahrestag des polnisch-sowjetischen Beistandspaktes

Nach seiner Rückkehr aus Moskau sprach der polnische Parteichef GOMULKA in einer festlichen Veranstaltung zum 20. Jahrestag des polnisch-sowjetischen Beistandspaktes. Seine Rede war gleichzeitig eine Berichterstattung über den Verlauf der Moskauer Verhandlungen.

GOMULKA würdigte ausführlich die Verdienste des sowjetischen Verbündeten:

"Die Sowjetunion ermöglichte uns die Wiedergewinnung der historisch polnischen Gebiete an Oder, Neiße und Ostsee, sie leistete uns wertvolle Hilfe bei der Industrialisierung unseres Landes und wurde zum wichtigsten Garanten der Sicherheit der Grenzen unseres Staates und der friedlichen Arbeit des polnischen Volkes."

GOMULKA betonte sodann ausdrücklich seine volle Solidarität mit der ideologischen Haltung und Politik der Sowjetunion:

"Noch einmal machten wir jenen, die - auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung spekulierend - die Hoffnung hegten, daß dies die Bande zwischen KPdSU und unserer Partei lockern würde, einen Strich durch die Rechnung."

Damit gab GOMULKA zum ersten Male in aller Öffentlichkeit zu verstehen, daß es zumindest einen Ansatz für eine solche Lockerung gab. Die Äusserung ist aber auch so zu bewerten, daß in Moskau eine Annäherung der Standpunkte der beiden Parteien in der chinesischen Frage erfolgte.

#### 5) CHRUSCHTSCHOWs Geburtstag

Die polnische Partei- und Regierungsdelegation, die am 13. April d.J., Moskau besuchte, blieb ein paar Tage länger, in der sowjetischen Hauptstadt, um sich an der Gratulationscour für den 70-jährigen Sowjetführer zu beteiligen. In dem Parteiorgan "Trybuna Ludu" wurde CHRUSCHTSCHOW am 17. April durch die Veröffentlichung eines größeren Artikels gewürdigt, in dem es unter anderem hieß:

"An die Spitze der Partei und der Regierung rückte er in der Zeit der großen Umwandlungen nach dem Tode Stalins, und diese Umwandlungen, deren bleibendes Symbol der XX. und XXII. Parteitag der KPdSU sind, verbinden sich unzertrennlich mit seinem Namen, oder genauer gesagt mit seinem Mut und seiner Konsequenz bei der Ausrottung alles dessen, was falsch, schädlich und dem Leninismus fremd war...

Die Treue zu den Prinzipien, unerschütterlichen Glauben und revolutionäre Energie verbindet Genosse Chruschtschow mit der Bereitschaft zu Kompromissen, die im Interesse des Friedens liegen. Realisierung der revolutionären Strategie verbindet er mit taktischer Elastizität und politischem Offensivgeist, mit der Bereitschaft zu Verhandlungen. Diese Politik spiegelt eine schöpferische Anwendung des Leninismus unter neuen Bedingungen wider, unter denen die Welt sich heute entwickelt. Die von den chinesischen Führern demonstrierte Negation dieser Grundsätze verursacht der Sache des internationalen Friedens und des Sozialismus einen nicht wiedergutzumachenden Schaden."

## 6) Keine Verjährung der Naziverbrechen in Polen

Das polnische Parlament verabschiedete am 22. April ein Gesetz, daß die Verfolgung der Naziverbrechen in Polen auch nach der Verjährungsfrist ermöglicht. Während der Debatte äusseten die polnischen Sejm-Abgeordneten die Meinung, daß nur ein geringer Teil der Schuldigen für ihre Verbrechen bestraft wurde.

"Der größte Teil dieser Verbrecher hat in Westdeutschland einen ruhigen Unterschlupf gefunden. Viele von ihnen sitzen jetzt in der Bundesrepublik auf exponierten Posten im staatlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben, Ministerposten nicht ausgeschlossen."  
("Trybuna Ludu" vom 23. April 1964)

Der polnische Hauptausschuß zur Untersuchung von Naziverbrechen stellte nach dem Kriege eine Liste mit 12 000 Namen von Kriegsverbrechern auf, die ihre Untaten in Polen oder an Polen begangen haben. Ausgeliefert wurden den polnischen Behörden allerdings nur 1.800 Personen. Unter den letzten ausgelieferten Verbrechern befand sich der Gauleiter Erich Koch. In den Jahren 1947-48 wurde diese Auslieferungsaktion von den amerikanischen und britischen Besatzungsmächten gestoppt. Seit der Gründung der Bundesrepublik wurden, so stellt das polnische Blatt fest, keine Verbrecher mehr ausgeliefert.

Während der Debatte im polnischen Parlament wurde Bedauern darüber geäußert, daß Polen eine Verjährung der Verfolgung der Naziverbrecher in der Bundesrepublik nicht verhindern kann. In Polen gelten sie jedenfalls nach dem erwähnten Gesetz als nicht verjährt.

## 7) Schwedischer Besuch in Polen

Auf Einladung des polnischen Ministers RAPACKI kam am 19. April d.J. der schwedische Außenminister Torsten NILSSON nach Polen und verbrachte dort vier Tage. Am Vortage seines Besuches erschien in der halboffiziellen Zeitung "Zycie Warszawy" ein Artikel, in dem es u.a. hieß

"Zwischen Polen und Schweden gibt es zahlreiche und wesentliche Unterschiede. Darum gerade sind gegenseitige Kontakte notwendig und wertvoll, wenn sie zu einem aufrichtigen Gedankenaustausch Gelegenheit geben...

Wir schätzen und achten die Politik Schwedens, weil sie eine Politik des Friedens und der Entspannung ist. Die Beziehungen zu Westdeutschland spielen in der schwedischen Außenpolitik und Wirtschaft eine besonders wichtige Rolle, sowohl mit Rücksicht auf die riesigen Ausmaße des Außenhandels (die Bundesrepublik ist der größte Partner Schwedens) als auch wegen der Position der Bundesrepublik in der EWG. Für Schweden ist es von großer Bedeutung, gute Beziehungen zur EWG zu haben. Es scheint, daß diese gewichtigen wirtschaftlichen Probleme in manchen schwedischen Kreisen politische Illusionen über Natur und Haltung des deutschen Handelspartners und über die Tendenzen der deutschen Politik erzeugen. Ein Meinungs austausch könnte also von Nutzen sein."

Aus dem später veröffentlichten Kommuniqué über die polnisch-schwedischen Gespräche ging nicht hervor, daß man in dieser Frage eine Annäherung der Ansichten erreicht hätte. In dem Kommuniqué beschränkte man sich auf allgemeine Feststellungen, z.B. daß das Wettrüsten gebremst werden sollte usw. Besuche wie der des finnischen Staatspräsidenten oder des schwedischen bzw. österreichischen Außenministers sind für die polnische Regierung ein Prestigeerfolg, aber auch nicht viel mehr.

## II. WIRTSCHAFT

### 1) Handelsflotte

Die polnische Handelsflotte, die vor dem Kriege eine Tonnage von nur 100.000 DWT besaß, ist jetzt 12-mal größer geworden. Zwei Drittel der Flotte bestehen aus modernen Motorschiffen. Im vergangenen Jahr transportierten polnische Schiffe 9 Mio t Waren.

Diese Erfolgswahlen können aber die Tatsache nicht verschleiern, daß nur ein Drittel der polnischen Hochseetransporte von polnischen Handelsschiffen durchgeführt wurde. Für die restlichen zwei Drittel mußte man fremde Schiffe in Anspruch nehmen. Dadurch entstand eine Devisenausgabe von 30 Mio Dollar. Zwar bringt auch die polnische Flotte Devisen ein, im Endergebnis aber entsteht ein Minus-Saldo.

Nur eine schnelle Vergrößerung der Handelsflotte könnte diese Situation ändern. Polen muß entweder mehr Schiffe bauen oder kaufen. Die zweite Lösung ist für das devisenschwache Land kaum durchführbar. Die Baukapazität der polnischen Werften wird ständig erweitert, gleichzeitig aber übernimmt man auch mehr ausländische Aufträge. Die Mehrzahl der gebauten Schiffe wird an ausländische Auftraggeber (hauptsächlich die Sowjets) verkauft.

Der Ausbauplan der polnischen Handelsflotte sieht ihre Vergrößerung auf 1.750.000 DWT bis zum Jahre 1970 vor. Obwohl die staatlichen polnischen Reedereien immer mehr neue, auf den inländischen Werften gebaute Schiffseinheiten bekommen, wird das kaum ausreichen, um die Planziele zu erfüllen, weil ein Teil der altgedienten Schiffe aus dem Verkehr gezogen werden muß. Die jährliche Zuwachsrate der polnischen Flotte beträgt im jetzigen Jahresfünft (1961-65) ca. 120 000 DWT pro Jahr. Infolge der erwähnten Ausmusterung der alten Einheiten wird dieser Zuwachs im kommenden Jahresfünft (1966-70)

nur 100.000 DWT betragen, das Ausbautempo der Flotte wird also verlangsamt. Schon jetzt steht fest, daß sogar bei Erfüllung der Planziele (was sehr fraglich ist) die Transportfähigkeit der Flotte nicht ausreichen wird.

Eine Besserung der jetzigen Situation könnte man herbeiführen, wenn polnische Reedereien mehr neugebaute Schiffe bekommen würden, d.h. wenn man weniger Schiffe ins Ausland (nicht immer günstig wie im Falle der Sowjetunion) verkaufen würde. Das wurde nach dem Oktober 1956 oft vorgeschlagen. GOMULKA, der auf die korrekte Erfüllung aller polnischen Exportverpflichtungen gegenüber den Sowjets achtet, hat aber damals die Verwirklichung dieser Vorschläge vereitelt. Eine Einschränkung des Schiffsexportes wäre im konkreten Falle vorteilhaft für Polen. Die dadurch entstandene Verminderung der Devisenerlöse würde durch die Einsparung der Devisenausgaben mehr als wettgemacht.

Das jetzige Tempo der Vergrößerung der Handelsflotte garantiert zwar, daß in den kommenden Jahren die Tonnage der Flotte immer größer wird.

Gleichzeitig vergrößert sich aber auch das Volumen des polnischen Außenhandels; immer mehr Transportkapazitäten werden gebraucht. Im Endergebnis kann sicherweisen, daß die Fähigkeit der Handelsflotte, die an sie gestellten Forderungen zu erfüllen, nicht größer wird, sondern sich ständig vermindert. Diese Befürchtung wird jedenfalls von polnischen Fachleuten ganz offen ausgesprochen.